

GRÜNAKTUELL



■ **FLUGLÄRMSCHUTZ
FÜR EIMSBÜTTEL**

■ **GRÜNE FLÜCHT-
LINGSPOLITIK**

■ **FLÄCHENSUCHE
FÜR WOHNUNGSBAU**

INHALT

Fluglärm über Eimsbüttel	3
Flüchtende in Hamburg, Asylkompromiss und politische Spielräume – Wo stehen wir?	7
Engagement und Begegnung – Bereicherung für alle	10
Wohnraum schaffen – auch für Flüchtlinge	12
Lokstedter Integrationscafé Why not?	13
Aktuelle GRÜNE Anträge	14

IMPRESSUM

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion Eimsbüttel

Methfesselstraße 38
20257 Hamburg

T 040.401 42 45
E presse@gruene-eimsbuettel.de

www.gruene-eimsbuettel.de

GRÜN AKTUELL ist ein Informationsblatt der Grünen
Fraktion Eimsbüttel. Es erscheint zweimonatlich zur
Sitzung der Bezirksversammlung.

Redaktion: Bettina von Bülow
Grafik und Layout: Christoph Jöns (www.grafik-joens.de)

V.i.S.d.P.: Volker Bulla

Titelbild.: Grüne Fahrradfahrerampel von Kevin Hackert;
<https://www.flickr.com/photos/kevinhackert/16502310844/in/photolist-r9FE5L>;
is licensed under a Creative Commons license: <http://creativecommons.org/licenses/by/2.0/>

EDITORIAL

Immer mehr Menschen in Eimsbüttel beklagen sich über Fluglärm. Nicht ohne Grund, denn die Fluglärmkennzahlen von Fuhlsbüttel verschlechtern sich und die Zahl der verspäteten Flüge nimmt deutlich zu.

Fluglärmschutz ist eine zentrale Aufgabe der Politik in Hamburg. In unserem Schwerpunkt gehen wir der Frage nach: Wo liegen wirksame Hebel?

Die Hamburg ankommenden Flüchtenden stellen Politik und Gesellschaft anhaltend vor große Aufgaben. Da sind zum einen die organisatorischen Herausforderungen auf Bezirks- und Landesebene, die Suche nach verfügbarem Wohnraum und geeigneten Flächen, zum anderen aber auch die Fragen, wie unsere Willkommenskultur sich gestaltet und welche Perspektiven wir im Zusammenleben eröffnen wollen.

Die GRÜNEN machen sich für mehr Sicherheit der Radfahrer*innen auf der Niendorfer Straße stark und treten für die Stärkung des Urban Gardening ein. Wichtige Nachrichten für Kulturschaffende und Veranstalter: Es gibt ein neues Verfahren zur Mittelvergabe in der Stadtteilkulturförderung. Anträge sind jetzt jederzeit möglich.

Eine anregende Lektüre wünschen Ihnen

Lisa Kern und Volker Bulla





Foto: Flugzeug D-ALPA von Wegner Tobias; <https://www.flickr.com/photos/pegglesnop/15465133289/> is licensed under a Creative Commons license: <http://creativecommons.org/licenses/by/2.0/>; Bearbeitet von: Christoph Jörns

Fluglärm über Eimsbüttel

Die Fluglärmkennzahlen aus Fuhlsbüttel verschlechtern sich. Insbesondere die Anzahl der verspäteten Flüge nimmt deutlich zu. Für viele betroffene Bürger*innen ist eine Belastungsgrenze erreicht. Fluglärmschutz ist eine zentrale Aufgabe der Politik in Hamburg. Wo liegen wirksame Hebel?

Der Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel ist in Deutschland heute der einzige innerstädtische Großflughafen. Als der Flugplatz 1911 geplant wurde, lag das Gelände am damaligen Stadtrand. Anfang der sechziger Jahre wurden Planungen für einen gemeinsamen Großflughafen für Hamburg und Schleswig-Holstein in Kaltenkirchen in Auftrag gegeben, gedacht als Ersatz für Fuhlsbüttel, sollte die Zahl von vier Millionen Passagieren per anno überschritten werden. Heute liegt die Kapazität in Fuhlsbüttel bei jährlich rund 15 Millionen Passagiere und etwa 155.000 Flugbewegungen pro Jahr. Die Prognosen für 2020 gehen von einem Passagieraufkommen

von 20 Millionen aus. Dennoch einigten sich im Jahr 2013 die Wirtschaftsminister und -senatoren der Bundesländer Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein darauf, das Projekt Großflughafen Kaltenkirchen einzustellen. Die Flughafengesellschaft ist allerdings immer noch Eigentümerin der Kaltenkirchener Flächen und Grundstücke.

Lärm beeinträchtigt die Gesundheit

Der Betrieb des Großflughafens Fuhlsbüttel führt seit Jahren zu erheblichen Lärmbelastungen bei der betroffenen Bevölkerung – und eben auch in unserem Bezirk. Studien belegen die gesundheitliche Belastung und die signifikante Erhöhung von Krank-



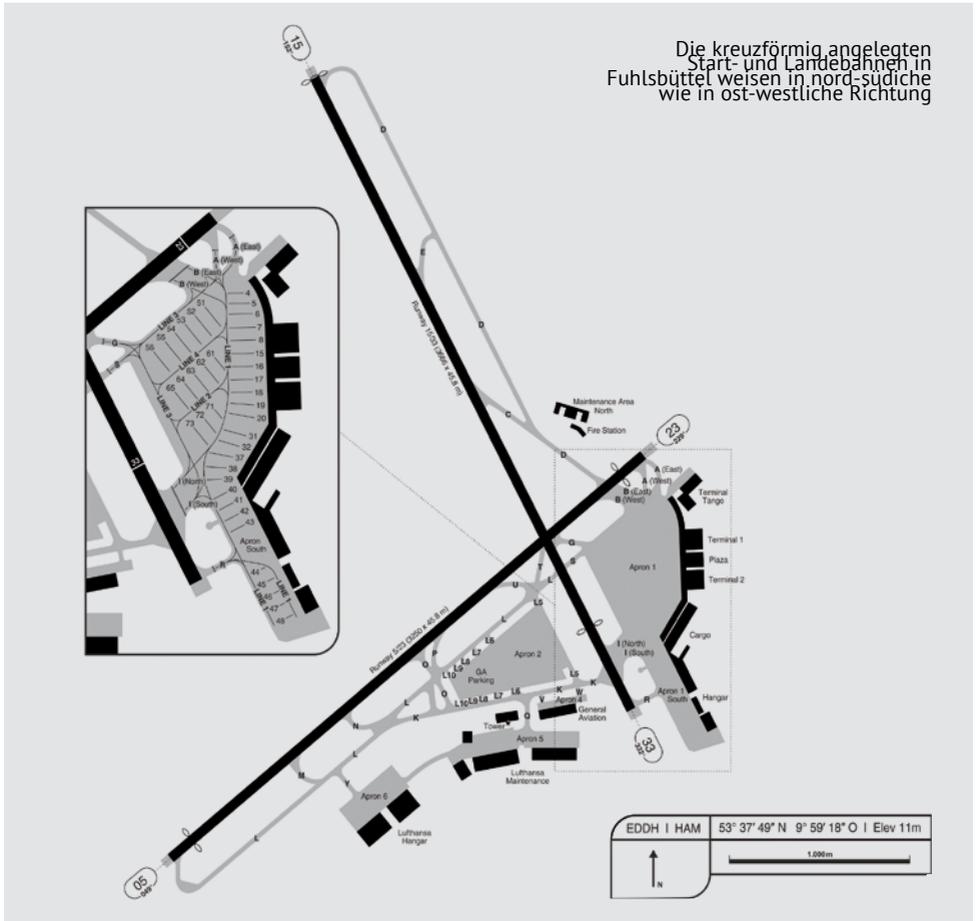
SCHWERPUNKT FLUGLÄRM

heiten durch Lärmimmissionen im Bereich der Start- und Landebahnen. Hierzu zählen insbesondere Herz-Kreislaufkrankungen, Bluthochdruck, Herzinfarkte und Schlaganfälle. Bei den möglichen und wirksamen Maßnahmen zur Vermeidung von Fluglärm unterscheidet man zwischen aktivem Lärmenschutz auf der einen Seite: leisere Flugzeuge, lärmreduzierte An- und Abflugverfahren, Einhaltung der Nachtruhe und weniger Flugbe-

wegungen, und auf der anderen Seiten den passiven Lärmschutz: Einbau von Schallschutzfenstern und Lüftern in den betroffenen Wohngebieten. Politische Schritte setzen bei dem aktiven Lärmschutz an.

Lärmbelastung über Niendorf und Lokstedt nimmt zu

In den letzten Monaten nehmen die Beschwerden über Fluglärm insbesondere aus



dem Bezirk Eimsbüttel deutlich zu. Die Bürgerinitiative für Fluglärmschutz spricht von einer Zunahme der Beschwerden um 76 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Diese Steigerung hat gute Gründe: Die Zahl der lärmintensiven Starts in Richtung Niendorf/Lokstedt hat sich von 17.214 Starts im Jahr 2013 auf 25.998 Starts im Jahr 2014 erhöht und mit einem prozentualen Anteil von 34,5 Prozent über Niendorf und Lokstedt (2013: 24 Prozent) historisch einen Spitzenwert eingenommen.

Dabei darf laut den geltenden Bahnbenutzungsregeln über Niendorf nicht gestartet werden (die Verordnung legt fest, welche Start- und Landebahnen die Maschinen benutzen dürfen), ... *sofern nicht Gründe der Luftverkehrssicherheit, insbesondere Witterungs- und Bahnverhältnisse dazu zwingen*. Der Grund für diese Regeln ist dem Versuch geschuldet, möglichst wenig Menschen mit dem Fluglärm zu belasten. Richtung Norden ist vor allem der Nahbereich des Flughafens, in dem die Schallpegel besonders hoch sind, kaum besiedelt. Deshalb sollen die besonders lärmintensiven Starts in diese Richtung erfolgen.

Begründet wird die häufige Abweichung von dieser Regelung im Jahr 2015 mit der eindeutigen Vorschrift, die die vorherrschenden Westwinde betrifft. Allerdings ist nicht klar festgelegt, ab welcher Stärke und aus welcher exakten Richtung der Wind kommen muss, damit aus Gründen der Sicherheit tatsächlich die Bahn über Eimsbüttel benutzt werden muss. Im Protokoll der 209. Sitzung der Fluglärmschutzkommission (FLSK) vom 29.7.2013 heißt es, *da die modernen Flugzeuge windunabhängiger seien, ließe die Bahnverteilung in Hamburg weiterhin prinzipiell alle Möglichkeiten des Startens und Landens zu*. Der Senat und die Behörde für Umwelt und Energie können die strikte Einhaltung der Bahnbenutzungsregeln fordern und den Flughafenbetreiber auffor-

dern die genauen Kriterien für Abweichungen offenzulegen. Eine Verbesserung des Lärmschutzes wäre auch durch die Veränderung des Anflugwinkels und veränderte Anflugverfahren zu erreichen.

Neben der deutlich erhöhten Zahl von Starts und Landungen ist der Niendorfer Bereich um den Flughafen herum zusätzlich durch die Starts in Richtung Poppenbüttel und Lemsahl betroffen. Flugzeuge mit dieser Startrichtung fahren in Niendorf ihre Triebwerke für den Start hoch. Diese Lärmbelastigungen werden in der offiziellen Statistik jedoch nicht berücksichtigt.

Zusätzliche Belastung durch Flugverspätungen

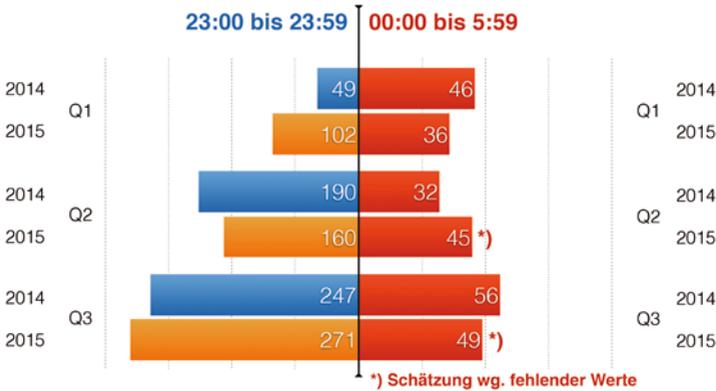
Die reguläre Betriebszeit des Flughafens Fuhlsbüttel läuft von 6 Uhr morgens bis 23 Uhr. Schon diese Regelung beschneidet das allgemein anerkannte Recht auf acht Stunden Nachtruhe. Zusätzlich nehmen die verspätet eintreffenden Flüge zwischen 23 und 24 Uhr deutlich zu.

Bereits Ende Oktober dieses Jahres war der Stand vom Vorjahr erreicht. Auf Initiative der GRÜNEN hin hat die Fluglärmschutzbeauftragte in einer Sitzung des Regionalausschusses Lokstedt zu dieser Entwicklung Stellung bezogen. Nach ihren Ausführungen lässt sich feststellen, dass die Erhöhung der Landeentgelte aus dem 16-Punkte-Plan des Senats für Fluglärmschutz keine Lenkungswirkung entfaltet hat: Die Fluggesellschaften müssen für verspätete Landungen zwischen 23 und 24 Uhr Strafe entgelte bezahlen, doch die Höhe dieser Entgelte schränkt den positiven wirtschaftlichen Aspekt verspäteter Landungen nicht ein. Es bleibt für die Fluggesellschaften ökonomisch attraktiver, die Verspätungsregelung ausnutzen und die vergleichsweise geringen „Bußgelder“ zu bezahlen, dafür aber mehr Umläufe zu erreichen.

Verspätungen und Nachtflüge

- nach 23 bis 6 Uhr

- einschließlich Ausnahmegenehmigungen und Hilfsflüge



Quelle: Fluglärmkennzahlen Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel (EDDH), 3. Quartal 2015. Mit freundlicher Genehmigung der Bürgerinitiative für Fluglärmschutz in Hamburg und Schleswig-Holstein

Eine Fluggesellschaft verdient also immer noch deutlich mehr daran, abends eine Maschine in Fuhlsbüttel für den Folgetag bereitstellen zu können. Die Verspätungsgebühr fällt dagegen nicht ins Gewicht, die Regelverstöße gegen die Nachtflugbeschränkung sind eine einkalkulierte Größe. Eine politische Maßnahme könnte es sein, die Gebühr an die Passagierzahl zu koppeln und massiv zu erhöhen statt wie bisher pauschale Beträge zu erheben.

Gewinnsteigerung vor Lärmschutz

Der sprunghafte Anstieg der Fluglärmbeschwerden belegt, dass die 150.000 Flugbewegungen des Airports für viele Betroffene die Grenze des Erträglichen überschritten haben. Umso fragwürdiger sind aus GRÜNER Sicht die finanziellen Anreizsysteme des Flughafens, die die Fluggesellschaften motivieren sollen, noch mehr Flugziele am innerstädtischen Großflughafen in Hamburg-Fuhlsbüttel anzubieten oder mehr Pas-

sagiere ab/an Hamburg zu transportieren. Hierzu zählen Rabatt- und Wachstumsprogramme mit Entgeltnachlässen von bis zu einhundert Prozent. Die Aufgabe der Politik ist es, der Prämisse »Lärmschutz vor Gewinnmaximierung« Geltung zu verschaffen. (Dietmar Kuhlmann)

Beschwerdehotline der Behörde für Umwelt und Energie

Fragen und Beschwerden rund um das Thema Fluglärm, Beratung für Anwohner und Wohnungssuchende in betroffenen Gebieten.

- 040 42840-2548
- 040 42797-2548
- fluglaerm@bue.hamburg.de



Foto: Mavday Hamburg, von Basande Tjshlar, <https://www.flickr.com/photos/basande/1733160565/> is licensed under a Creative Commons license: <http://creativecommons.org/licenses/by/2.0/>

Flüchtende in Hamburg, Asylkompromiss und politische Spielräume – Wo stehen wir?

Immer mehr Menschen verlassen weltweit aus größter Not ihre Heimat. Sie fliehen vor Gewalt, Terror, Krieg und Verfolgung. Diesen Menschen, die nach Europa und Deutschland flüchten, wollen wir mit offenen Armen begegnen. Sie haben ein Recht auf Schutz und ein menschenwürdiges Leben. Durch diese konsequente humanitäre Haltung werden wir bis zum Jahresende über eine Millionen Menschen in unserem Land aufgenommen haben.

Einerseits sind wir erschüttert über zahlreiche gewalttätige Übergriffe auf Geflüch-

tete in Deutschland. Dieses Jahr gab es bereits über 500 Angriffe auf Unterkünfte. Die jüngsten Bewegungen der Rechten, von der AfD bis Pegida, zeigen, dass in Teilen der Bevölkerung die Akzeptanz für steigende Einwandererzahlen gering ist.

Andererseits freuen wir uns über die Willkommenskultur, die wir an Bahnhöfen, in den Erstaufnahmeeinrichtungen und in den Städten und Gemeinden erleben. Viele zehntausend Menschen leisten tagtäglich ehrenamtliche Arbeit und zeigen immer wieder aufs Neue ihre Solidarität mit den Geflüchteten.

FLÜCHTLINGSPOLITIK

Über unsere GRÜNEN Vorstellungen der Vergangenheit, was Standards in der Flüchtlingspolitik betrifft, können wir heute nur müde lächeln. Hamburg glaubte sich vor einiger Zeit schon am Limit: Da kamen im Schnitt 120 Menschen am Tag in Hamburg an. Schon damals ahnten wir GRÜNE dass wir uns von der Überzeugung, dass Unterkünfte max. 150-200 Personen beherbergen sollten, verabschieden müssten. Inzwischen kommen über 600 Menschen täglich in Hamburg an – jeden Tag. Diese Menge an Menschen und die inakzeptable Alternative, sie auf der Straße schlafen zu lassen, zwingen uns alle zu Kompromissen.

Die aktuelle Situation ist jedoch auch die Folge einer Reihe von Versäumnissen und Fehlern. Zu lange haben wir uns in diesem Land nach Dublin II und der Drittstaaten-Regelung zurückgelehnt und Staaten wie Griechenland oder Italien im Stich gelassen. Zu Recht verweisen leitende Angestellte von fördern&wohnen zudem in einem sehr kritischen offenen Brief an den Senat darauf, dass nach Mitte der Neunzigerjahre alle Ressourcen abgebaut wurden und man so verschuldet und völlig unvorbereitet auf die jetzige Situation traf.



FOTO: VOLKER BULLA, PRIVAT

Wie geht es weiter in Eimsbüttel?

Nach den aktuellen Zahlen hat Hamburg allein in den Monaten September und Oktober über 20.000 Geflüchtete aufgenommen. Im Verhältnis zu den Gesamtzahlen in Deutschland liegt das grob beim Vierfachen des Königsteiner Schlüssels (2,583 Prozent der Geflüchteten im Bundesgebiet). Da die Registrierung, die Gesundheitsversorgung wie die Untersuchung der Geflüchteten teilweise Wochen dauerte, konnte eine angemessene und menschenwürdige Erstunterbringung, wie auch die anschließende Umverteilung der Geflüchteten nicht zeitnah erfolgen.

Im Bezirk Eimsbüttel wurden neben der Niendorfer Straße der Praktiker-Markt in Eidelstedt und der Medimax-Markt in Stellingen als Zentrale Erstaufnahme-Einrichtung installiert und mit der Planung und dem Bau von den Standorten an der Vogt-Kölln-Straße und dem Flaggentweet begonnen. Die Folgeunterbringung an der Pinneberger Straße ist schon belegt. Auch am Tibarg wurde mit der Belegung begonnen.

Die Fläche an der Lokstedter Höhe muss wegen der im Voraus vertraglich gebundenen Regelungen dem Wohnungsbau weichen. Das Deutsche Rote Kreuz schafft an seinem Standort in Lokstedt aber eine Unterbringung für besonders schutzbedürftige Menschen, wie alleinstehende Frauen oder homosexuelle Geflüchtete.

Der Asylkompromiss

Es wäre jetzt Aufgabe der Bundesregierung sich dieser großen Hilfsbereitschaft in weiten Teilen der Bevölkerung mit deutlichen Verbesserungen im Asylrecht anzuschließen. Es kam jedoch nach 2014 erneut zu einem bundespolitischen Kompromiss, der eher wie eine Verschärfung des Asylrechtes interpretiert werden kann.

Kritische Punkte sind: Neben die bisherigen Beschränkungen der Rechtsschutzmöglichkeiten für Flüchtlinge aus sogenannten sicheren Herkunftsstaaten treten mit diesem Gesetzentwurf nun weitere massive Einschränkungen ihrer sozialen und wirtschaftlichen Rechte: Sie werden dauerhaft und unbegrenzt verpflichtet, in den Erstaufnahmeeinrichtungen zu verbleiben.

Mit der daraus folgenden Ausweitung der Residenzpflicht, des absoluten Arbeitsverbotes und der Sachleistungsprinzips werden flüchtlingspolitische Erfolge des letzten Jahres zurückgedreht. In mehreren Bundesländern dürfte für Kinder und Jugendliche in diesen Einrichtungen die Schulpflicht entfallen.

Grüne Flüchtlingspolitik

Was bleibt bei so viel Kompromiss von GRÜNER Flüchtlingspolitik? Was uns zurzeit alltäglich beschäftigt, sind folgende Fragen:

Wie schaffen wir Wohnraum? Wo soll dieser entstehen und wie vermeiden wir neue Ghettos? Und wenn Sport so gut für die Integration ist, wie schaffen wir es die Sportvereine an dieser Herausforderung zu beteiligen?

Es muss unser Anspruch sein Geflüchtete zügig in die Regelsysteme (Kita, Schule, Uni oder Ausbildungen, Krankenkassen) zu integrieren. Wir werden zudem das Wohnungsbauprogramm deutlich erhöhen müssen. Dies wird die Stadt erneut verändern. In dieser Situation ist es Zeit für eine Politik, in der einzig die Frage zählt: Was hilft jetzt und unmittelbar den Geflüchteten?

Es ist deshalb wichtig, den Geflüchteten ein ein faires und schnelles Asylverfahren zu ermöglichen. Die Menschen brauchen eine echte und dauerhafte Bleibeperspektive in unserer Stadt.

(Ali Mir Agha)

Engagement und Begegnung - Bereicherung für alle

Sebastian Dorsch, Mitglied der GRÜNEN Gesamtfraktion Eimsbüttel, engagiert sich wie viele andere Bürger*innen ehrenamtlich für Flüchtende. Für AKTUELL berichtet er von seinen Erfahrungen und Begegnungen und plädiert für ein Umdenken in Politik und Gesellschaft.

Als meine zwei Jungs und ich letzte Woche vom Sankt Pauli-Dortmund-Refugees Welcome-Spiel mit der U-Bahn zurückfahren, trafen wir Ahmad, einen Nachbarn aus der Wohnunterkunft für Geflüchtete an Lokstedter Höhe und aus Afghanistan. Er war zusammen mit einem Freund aus Duisburg bzw. aus dem Irak unterwegs. Sie erzählten, dass sie letztes Jahr gemeinsam nach Lesbos geflüchtet und

dann – damals noch über Ungarn – nach Deutschland gekommen waren. Sie halten Kontakt, obwohl sie in verschiedenen Teilen Deutschlands leben. Ahmad zeigte an diesem Tag seinem Freund seine neue Heimat Hamburg. Am Rande sprachen wir noch über seinen Plan, über ein Praktikum wieder in seinen alten Beruf einzusteigen.

Zwei Reihen weiter saßen zwei Kinder, ungefähr neun und dreizehn Jahre alt, vermutlich Brüder, und steckten mit ihren Nasen in einem deutschsprachigen Islam-Buch. Der Ältere versuchte den Jüngeren abzufragen: „Was heißt Glauben?“, „Was bedeutet Islam?“ Der Jüngere war wenig begeistert und alberte lieber herum. Wir amüsierten uns gemeinsam.



FOTO: FOTOLIA / FOTIMMZ

Ahmad spielt mit uns seit einigen Monaten immer samstags Fußball. Er kümmert sich häufig um die Jüngeren in unserer Truppe. Beim mitgegründeten Verein „Herzliches Lokstedt“ übernahm ich die Organisation des Samstagskickens in Kooperation mit dem Förderverein von Eintracht Lokstedt. Als Neu-Lokstedter konnte ich auf diese Weise nicht nur meinen Stadtteil besser kennenlernen, sondern auch Kontakte zu vielen neuen Nachbarn knüpfen, alt-ingesessenen wie neu angekommenen Lokstedtern wie auch mittlerweile Hamburgern aus etlichen anderen Stadtteilen. Beim gemeinsamen Kicken geht es niedrigschwellig um weit mehr als nur um Sieg und Niederlage: Es geht um verschiedene Sozialformen des Mit- und Gegeneinander.

Nach unserem U-Bahn-Gespräch suchten wir zusammen mit Ahmad einen Betrieb, bei dem er sein Praktikum machen kann – erfreulich schnell erhielten wir Rückmeldung und eine unbürokratische Einladung zum Vorstellungsgespräch. Leider konnte Ahmad dann an dem vereinbarten Termin nicht erscheinen. Wegen eines klassischen Kommunikationsproblems erhielt der Betriebsleiter keine rechtzeitige Entschuldigung, worüber er sich verständlicherweise ärgerte. Es funktioniert auch mit gutem Willen nicht immer alles reibungslos.

Hassan, ein anderer Freund von der Lokstedter Höhe und eher sporadischer Mit-Kicker erzählte, seine Kinder seien nun gut in der KiTa angekommen seien und sein selbst organisiertes Praktikum lief gut. Er würde gerne mehr als die genehmigten zwei Stunden täglich arbeiten. Auch sein Chef könnte ihn für mehr Zeit brauchen.

Wir arbeiten jetzt mit darauf spezialisierten Vereinsmitgliedern daran, diese Frage zu klären.

Im Januar 2015 haben wir die Initiative „Herzliches Lokstedt“ als Verein gegründet, um die verschiedenen Projekte auf eine kontinuierlichere und arbeitsteilige Basis zu stellen. Die hauptamtlichen Koordinatoren schaffen Wohnungs-, KiTa-, Ausbildungsbeschäftigungen, Behördengespräche und -gänge nicht alleine.

Im Gespräch mit anderen Ehrenamtlichen und Flüchtlingsinitiativen höre ich häufig, dass gerade in diesen Situationen, die Mühe und auch Stress verursachen, neben unterschiedlichen Schwerpunkten auch unterschiedliche Kooperationsvorstellungen und unterschiedliche Rhythmen zum Tragen kommen. Mir scheint das Wichtigste, dass beide Seiten offen sind, miteinander zu arbeiten.

Insgesamt sollte der nächste Schritt meines Erachtens in einem Umdenken liegen: Die neuen Nachbarn nicht (nur) als Problem zu verstehen, für die die Hamburger Politik und Gesellschaft Lösungen erarbeiten muss, beispielsweise Wohnungen. Das müssen wir. Aber, sie sind keine Objekte. Viele der neuen Nachbarn sind in Wartestellung. Und gemeinsam sollten wir das Potential nutzen, Hamburg oder einzelne Stadtteile neu zu gestalten. Zur Solidaritätsveranstaltung mit den Opfern von Paris gingen wir gemeinsam, um uns - wie es die Veranstalter nennen - vereint dem Terror entgegenzustellen und Freiheit und Demokratie zu verteidigen. So können wir diese sogenannte „Flüchtlingskrise“ konstruktiv nutzen und tradierte Denkweisen auf die Probe stellen. Integrieren bedeutet lautet Wörterbuch nicht nur „in ein Ganzes einfügen“ – wer oder was ist ein Hamburger oder deutsches Ganzes? –, sondern auch „erneuern“. „Auswärtige“ Expertinnen und Experten können für die Erneuerung des Tors zur Welt – so mein Eindruck der letzten Monate – eine große Bereicherung sein.

Wohnraum schaffen – auch für Flüchtlinge

WOHNUNGSBAUPROGRAMM UND UMWELTSCHUTZ IN EIMSBÜTTEL

Viele Menschen, die heute bei uns Schutz suchen, werden eine dauerhafte Bleibeperspektive haben. Für die Hamburger Politik bedeutet das: Wir müssen nicht nur aktuelle Unterbringungen sicherstellen, sondern auch in allernächster Zukunft Wohnungen in großer Zahl bauen. Auch die Menschen, die schon länger in Hamburg sind, brauchen bezahlbaren Wohnraum.

Der Senat hat alle Bezirke aufgefordert, Flächen für schnellen Wohnungsbau zu benennen – möglichst große Flächen in städtischem Besitz. Der Bezirk Eimsbüttel

ist flächenmäßig klein und städtische Liegenschaften sind kaum vorhanden. Bei der Flüchtlingsunterbringung leistet Eimsbüttel bereits Erhebliches: Betrachtet man das Verhältnis zwischen Kapazität der Flüchtlingsunterkünfte und bezirklicher Flächengröße stehen wir im Ranking der Bezirke auf Platz 2.

Wir müssen neue Wohnungsbauflächen ausweisen, wollen aber weiterhin die Landschaftsachsen und öffentliche Grünflächen schützen. Ebenso wollen wir unser Wohnungsbauprogramm fortsetzen, um der bestehenden Nachfrage nachzukommen.

Zudem sind wir der Auffassung, dass die Standorte möglichst im Siedlungszusammenhang integriert sein sollten, damit keine sozialen Brennpunkte entstehen. Wir halten es daher nicht für sinnvoll, nur eine Fläche mit mindestens acht Hektar zu melden, sondern beziehen kleinere Flächen in die Überlegung ein, die eine angemessene Stadtentwicklung ermöglichen.

Akzeptiert hat der Senat bereits die Benennungen der Flächen am Duvenacker in Eidelstedt und am Ellerbeker Weg in Schnelsen. Hier muss zum Teil neues Planrecht geschaffen werden bzw. wird bestehendes Planrecht ausgenutzt. In Teilbereichen besteht für diese Flächen Landschaftsschutz. Wer die Flächen kennt, weiß aber, dass es sich zu einen um eine Fläche an der Autobahn handelt, wo sich der Grünanschluss auf der anderen Seite der Autobahn befindet und die zurzeit für die



Foto: Volker Bulla, privat

Deckelbaustelle mitgenutzt wird. Die andere Fläche ist übersichtlich und andere Grünbereiche liegen in unmittelbarer Nähe. Die grüne Umweltbehörde hat darüber hinaus durch größere Ausweisung von weiteren Naturschutzgebieten einen Ausgleich für die Flächen geschaffen, die durch das Programm „Schnelles Bauen“ bebaut werden und aus dem Landschaftsschutz herausfallen.

Derzeit finden Gespräche zwischen Bezirk und Landesbehörden über weitere Flächen statt. Neben den eigentlichen Baumaßnahmen müssen zudem weitere Rahmenbedingungen, etwa die Gestaltung des öffentlichen Raumes und die Integration in den Stadtteil gestaltet werden – und dabei wollen wir auch die Menschen in den Quartieren beteiligen und mitnehmen.

(Volker Bulla)

Lokstedter Integrationscafé

Why not? **KURZPORTRAIT**

Warum nicht einmal etwas Neues probieren? **Dienstags gibt es in Lokstedt dazu die beste Gelegenheit: Das neue Café Why Not? in der Emil-Andresen-Straße ist ein einladender Ort für Lokstedter*innen, Geflüchtete und Neu-Hamburger*innen.**

In dem Café darf sich jeder willkommen fühlen, die Atmosphäre ist herzlich und offen. Bei Kaffee und Kuchen ergeben sich ganz mühelos Gespräche mit anderen Gästen, mit neuen Nachbarn, und nach einem Plausch ist man einander längst nicht mehr so fremd.

Schon vor zwei Jahren stellte Pastor Uwe Klüter von der Freien Evangelischen Gemeinde seine Idee eines Integrationscafés auf der Lokstedter Bildungskonferenz vor und traf auf rundum positives Echo. Das Konzept eines nicht-kommerziellen öffentlichen Raums außerhalb der Flüchtlingsunterkünfte, der Begegnungen und Kontakte

ermöglicht, fand auch die Zustimmung der Bezirksversammlung. Sie förderte die Einrichtung mit einer Anschubfinanzierung aus Sondermitteln in Höhe von rund 2.800 Euro. Das ehrenamtliche Team um Ursel Möller sorgt seit Ende September für das leibliche Wohl der zahlreichen Gäste.

Der Zuspruch ist groß und für die Zukunft hat Pastor Klüter viele Pläne: Er kann sich vorstellen, auch an zusätzlichen Wochentagen zu öffnen und im Café Angebote und Beratungen zu verankern.

Café Why Not?

Emil-Andresen-Straße 34,
dienstags von 15 bis 21 Uhr

Wer das Café ehrenamtlich
unterstützen möchte: **040. 559 17 67**



Foto: Osterstraßenfest 2014 von Urban Explorer, Hamburg; <https://www.flickr.com/photos/loogher/15542252847/> is licensed under a Creative Commons license: <http://creativecommons.org/licenses/by/2.0/>

Aktuelle Anträge November 2015

Geld für Stadtteilkultur – Neue Vergabekriterien

Interfraktioneller Antrag

Die Kultursprecher des Ausschusses für Kultur und Integration beschließen neue Empfehlungen zur Vergabe von Mitteln für Stadtteilkultur für das Jahr 2016. Förderungswürdig sind Veranstaltungen, die das kulturelle Zusammenleben im Bezirk Eimsbüttel bzw. den Kulturstandort Eimsbüttel fördern. Unterstützt werden Straßenfeste,

bei denen das nicht-kommerzielle Interesse im Vordergrund steht, Veranstaltungen von Bücherhallen, Bürgerhäusern, Kultur- und Nachbarschaftszentren.

Die maximale Höhe der Förderungen, Bedingung und Antragstellung:
gruene-eimsbuettel.de

Niendorfer Straße – sicherer für Rad- und Fußverkehr

Sachverhalt: Die Niendorfer Straße ist eine Veloroute und seit neuestem auch Standort einer großen Flüchtlingsunterkunft. Zugleich wird sie vom Kollau-Wanderweg gequert. Dennoch sind die Verkehrsanlagen für RadfahrerInnen und FußgängerInnen gegenüber dem KFZ-Verkehr deutlich minderwertig. Der schmale und unebene Radweg endet vor der Brücke der Güterumgebungsbahn abrupt und zwingt Fahrräder und FußgängerInnen in einen gefährlichen Mischverkehr. Die Radwegebenutzungspflicht ist hier bereits aufgehoben, die Fahrbahnnutzung erlaubt. Dies fördert das Sicherheitsempfinden der RadfahrerInnen und verdeutlicht den AutofahrerInnen diese zulässige Mitnutzung der Straße. Die Einrichtung eines Fußgänger-

gerüberweges auf Höhe des Kollau-Wanderweges ist zur weiteren Verbesserung des Fußverkehrs ebenso sinnvoll.

Petition: Der Bezirksamtsleiter wird gebeten, Fahrradpiktogramme im Verlauf der Fahrbahn der Niendorfer Straße aufbringen zu lassen, um die Mitbenutzung durch den Radverkehr zu verdeutlichen. Außerdem soll der Radverkehr vor der Brücke der Güterumgebungsbahn durch eine Ableitung auf die Fahrbahn aktiv zu deren Nutzung angeregt werden. Die Vorsitzende der Bezirksversammlung wird gebeten, sich bei der unteren Straßenverkehrsbehörde dafür einzusetzen, dass auf Höhe des Kollau-Wanderweges ein Fußgängerüberweg über die Niendorfer Straße eingerichtet wird.

Urban Gardening realisieren

Sachverhalt: Urban Gardening steht für eine gemeinschaftliche, nachhaltige und ökologische gärtnerische Nutzung städtischer Flächen. In einem wachsenden Stadtteil wie Lokstedt kann gemeinsames Gärtnern auch die Integration von neuen Nachbarn unterstützen.

Der Bezirk Eimsbüttel sollte Urban Gardening-Initiativen fördern und unterstützen, indem er etwa öffentliche Flächen, die als Gartenanlagen - insbesondere zum Ziehen von Gemüse und anderen Nutzpflanzen -

geeignet sind, für gärtnerische Nutzung bereitstellt. Im Zuge des für 2016 geplanten 3. Bauabschnitts zur Aufwertung des Grünzugs Lokstedt bietet sich eine hervorragende Gelegenheit derartiger Flächen zu schaffen.

Petition: Der Bezirksamtsleiter wird gebeten, bei der Planung des 3. Bauabschnitts zur Aufwertung des Grünzugs Lokstedt eine Ausweisung und Herstellung von Flächen für Urban Gardening zu realisieren.

(Gekürzte Fassungen. Die vollständigen Antragstexte finden Sie auf unserer Homepage: gruene-eimsbuettel.de)

#EIMSBÜTTEL

Gezwitscher im November



Lisa Kern @GrüneLisa · 20. Nov
Danke auch an Dich @alimiragha #bdkebusch

BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN @Die_Gruenen
Wir sagen Danke an alle die grünen Menschen, die in den letzten Wochen und Monaten Flüchtlingen vor Ort geholfen haben. DANKE! #bdk15

Ali Mir Agha retweeted
Philip Engler @philang21 · 20. Okt
Willkommensgruppe für Flüchtlinge #Eidelstedt jetzt auch mit eig. Homepage: willkommen-edelstedt.kulturreal.de #refugeeswelcome

Grüne_Eimsbüttel @GrüneEimsbusch · 5. Nov
Rot-GRÜN in #Eimsbüttel gewährt Eintracht #Lokstedt 50.000 € Sondernelmt. #Bretensport #Engagement #Inklusion. PM gruene-eimsbuettel.de

Eimsbütteler Nachr. @eimsbuettelern · 17. Nov
Am #Behmnnplatz in #Lokstedt wohnen ab sofort geflüchtete Frauen, Kinder&Familien im Sitz des #DRK eimsbuettel-er-nachrichten.de/erstaufnahme-f... @roteskreuz_de

"Besonders Schutzbedürftige" am Behmnnplatz
Am Montagabend sind die ersten Flüchtlinge beim Landesverband des Deutschen Roten Kreuz (DRK) am Behmnnplatz angekommen. Wie die Organisation ... eimsbuettel-er-nachrichten.de

Juliaaco und 2 weitere folgen
Ruth Froben @R_Fro · 12. Okt
Schneegestöber in Eimsbüttel. lol

Eimsbüttel hilft. @EHBH13 · 13. Nov
eimsbuettel-hilft.de geht live online. Danke an alle, die dafür viel Leidenschaft und Arbeitszeit geschenkt haben. #ebhilft

Eilmelanchole und 2 weitere folgen
AnwohnerInnSchanze @SchanzeWill · 8. Nov
Morgen 77 Jahre nach der #Pogromnacht #Hamburg #Eimsbüttel Grindel leuchtet grüneluchtet.de

Eilmelanchole und 1 weiterer folgen
Gabor Gottlieb @GaborGottlieb · 12. Nov
Der ETV #Hamburg bietet jetzt ein eigenes Sportprogramm für Flüchtlinge an - Stark! etv-hamburg.de/uploads/media/... #Eimsbuettel

Eilmelanchole folgt
mona adams @mona10 · 10. Nov
#hünerfrasske vom #metzger #wiedler beglückt meine Mittagspause. #osterstraße #eimsbüttel #Eimsbuschliebe

Eilmelanchole und 1 weiterer folgen
NDR Reporter @NDRreporter · 5. Okt
"HeimutSchmidt hat vorgelebt, wie anständige und vernünftige Politik aussieht", sagt der Erste Bürgermeister @OlafScholz. #Staatsakt #HH

Ali Mir Agha @alimiragha · 20. Nov
"Das Konstrukt der sicheren Herkunftsstaaten ist falsch!" #VolkerBeck #bdk15 #BDKebusch

Philip Engler retweeted
Agnieszka Brugger @agnieszka_mdb · 10. Nov
Ich teile das ja nicht, aber es ist unheimlich lustig 😄 #bdk15

Kostenlos abzugeben
Grüne Ideale und Grundsätze der Partei
Aufgrund von Neuausrichtung auf unbedingte Regierungsbeteiligung kostenlos abzugeben. Nach 30 Jahren Einsatz gibt es leider keine Verwendung mehr dafür. Wir würden uns aber freuen, wenn unsere Ideale und Grundsätze an anderer Stelle sinnvolle Verwendung finden könnten.

Bei Interesse entweder Kontakt aufnehmen:
partei@gruener.ausverkauf.de

Mehr Grün für Eimsbüttel

